

Das Statwunder.

Unter geradezu größten Streichungen — das Baudezernat wurde dadurch Ueberschuß-Dezernat — erreichte man eine Abgleichung des Etats. Die Straßenreinigungsabgabe wird auf dieses Kapitel verrechnet, sodaß die Einnahme 148 010 Mark beträgt, dem eine Ausgabe von nur 132 000 Mark gegenübersteht. Der Etat der Stadt Coburg balanziert mit 3 065 770 Mark. Er ist abgeglichen. Der jetzige 1. Bürgermeister von Coburg, Herr Schwede, warf dem früheren Dezernenten stets vor, daß der vorgelegte Etat frisiert sei. Daraufhin hat er dann selbst, um die Lügen des Systems festzunageln, einen Etat mit rund 900 000 Mark Defizit verabschiedet. Trotzdem die wirtschaftliche Lage sich gegenüber 1928 bedeutend verschlechtert hat, gleicht die Stadt Coburg ihren Etat aus.

Wenn die früheren Etats frisiert waren, dann ist der jetzige verlogen.

Einige Beispiele: An Ueberweisungen aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer sind eingesetzt worden 300 000 Mark. Eingegangen sind im letzten Geschäftsjahr bis 31. 5. 32, also zwei Monate über den Abschluß hinaus nur 242 900 M. Umsatzsteueranteile gingen ein: 12 400 M., im Voranschlag setzte man 32 000 M. ein. An Grund- und Haussteuer gingen ein: 169 000 M. Neu eingesetzt hat man 181 500 M. Für die Gewerbesteuer gingen ein: 167 800 M. Bei gleich bleibenden Prozentsatz erhofft man einen Eingang von 205 000 Mark.

Die Straßenreinigungsabgabe ist eingesetzt mit 135 000 M., erbracht hat sie nur 82 700 M. Schon allein diese Beispiele zeigen die

Brüchigkeit des Voranschlages. Er enthält aber noch andere Schönheitsfehler, deren Aufzählung allerdings zu weit führen würde.

So sind zum Teil Einnahmen und Ausgaben aus dem Handgelenk heraus festgesetzt worden,

z. B. wenn bei dem Ertrag der Bäder die Vorauslagen der Meteorologen dazu dienen, eine höhere Summe einzusetzen, oder wenn man eine nachträgliche Ausgabe beim Schuletat dadurch kompensiert, daß man um den Betrag die Soll-Einnahme aus der Gewerbesteuer erhöhte.

Die Nazis sagen:

„Wir haben die unsozialste aller Steuern, die Bürgersteuer vermieden.“

Wahr ist:

Die Nationalsozialisten waren sich vollständig bewußt, daß sie ohne Bürgersteuer nichts aus dem Ausgleichsstock erhalten würden. Inzwischen hat die Regierung angeordnet, erst Erhebung der Bürgersteuer, dann Zuschuß aus dem Ausgleichsstock. Inzwischen benutzten aber die Nationalsozialisten die scheinbare Nichterhebung der Bürgersteuer dazu, um 60 Arbeiter, die zum Teil 20 und mehr Jahre bei der Stadt beschäftigt waren, auf die Straße zu werfen.

Nazis als Scharfmacher.

Im Anschluß hieran ist es notwendig, einmal auch die Arbeiterpolitik dieser Partei unter die Lupe zu nehmen. Nach ihrem Wahlsieg entließen sie Arbeiter, um für diese ihre Leute einzustellen. Nach den Pensionierungen und sonstigen Entlassungen von Arbeitern kamen bei den Neueinstellungen nur ihre Anhänger in Frage. Bei den Massenentlassungen, die jetzt stattgefunden haben, bleiben Leute, die nur kurze Zeit im Betrieb sind, in ihren Stellen, während, wie vorstehend geschildert, Leute mit 20 und mehrjähriger Dienstzeit entlassen wurden. Wie weit die freie Meinungsäußerung eingeengt wird, mag man auch daraus erkennen, daß Coburgs Bürgermeister **Schwede** erklärte:

„Ich werde jetzt Versammlungen mit der Belegschaft der Werke abhalten, und wer es wagt, an den Maßnahmen der Verwaltung Kritik zu üben, den werden wir entlassen.“

Gewiß ein netter Ausblick in das Dritte Reich, der Reiz dieses Ausspruches liegt aber darin, daß Schwede, als er wegen seiner maßlosen Kritik an der Verwaltung der Stadt entlassen werden sollte, einen Volksentscheid für die Auflösung des Stadtrates durch seine Partei herbeiführte.

Wie weit die Beeinflussung der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter geht, erläutert ein Ausspruch eines anderen Nazi-Stadtrates, der in öffentlicher Versammlung die Obengenannten darauf aufmerksam machte, daß sie nur eine Million Mitglieder in ihrer Partei aufnehmen; diese Zahl sei bald erreicht und er ermahnte, den Anschluß nicht zu versäumen. Das trägt natürlich auch dazu bei, Mitglieder zu pressen, da die Nazi ihre Macht über Einstellung oder Entlassung rücksichtslos gebrauchen.



Das Nazi-Paradies machte die Pferdewurst marktfähig. Wohlfahrtserwerbslose drängen sich um den Stand des Kopfchlächterß

Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Das ist auch so ein nationalsozialistisches Schlagwort, auf das die meisten Wähler hereinfallen. Wie ist dieser Spruch nun auf die Coburger Verhältnisse anzuwenden. Die erste Tat der Nationalsozialisten im Coburger Stadtrat war nach der Erringung ihrer Mehrheit, daß sie ihren Schwede die Beamteneigenschaft zuerkannten. Daß ein anderer Stadtrat der Stadt ein Grundstück vor der Nase wegliefte, ein dritter sich indirekt Holzlieferungen sicherte und darüber hinaus eine amtliche Einrichtung mißbrauchen wollte, um ein Grundstück, für das er Interessent war, durch die Beschlagnahme der Wohnungen für sich billiger zu erstehen. Daß dabei auch die Sparkasse nicht vergessen wurde, Hergabe von Darlehen und Hypotheken, soll nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

Als diese Handlungsweise gegeißelt wurde, strengten die Nazis die Beleidigungsklage an. Sie wurden in sämtlichen Instanzen abgewiesen.

Vor der Wahl hatten sie platziert:

„Unsere Kandidaten haben sich ehrenwürdig verpflichtet, fetterlei Geschäfte mit der Stadt zu machen oder sich irgend welche Vorteile zu verschaffen.“

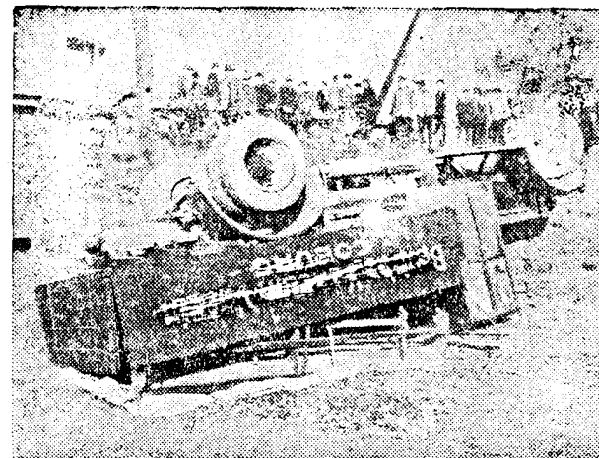
Im Prozeß erklärte der Vertreter der Nazis, man dürfe doch seine Parteigenossen nicht für so wahnsinnig halten, daß sie ein Geschäft mit dem Stadtrat ablehnten, nur weil sie jetzt Stadträte geworden seien.

Die entzogene Verfügung über die Polizei.

Inzwischen wurde dem nationalsozialistischen ersten Bürgermeister von Coburg die Verfügung über die Polizei entzogen und dem Stadtkommissar übertragen. Darüber großer Krach im Stadtrat und eine Interpellation im Bayerischen Landtag. Zur Illustrierung, welche Verhältnisse entstehen würden, wenn die Nazis die Polizeigewalt handhaben, ein Beispiel:

Republikanische Versammlungsteilnehmer, die in Autos nach Hause fahren, werden überfallen, der Autoführer, durch Steintwürfe betäubt, verliert die Herrschaft über das Steuer, das Auto stürzt eine Böschung hinab und begräbt die Insassen unter sich. Die Polizei nimmt auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Verhaftungen vor. Und nun verlangt Schwede als Bürgermeister, daß sämtliche Verhafteten, die alle Parteigenossen von ihm sind, sofort zu entlassen seien. Erst der Hinweis darauf, daß die Angelegenheit von der Staatsanwaltschaft ausgehe, veranlaßt ihn, seine Forderung fallen zu lassen. Das Verlangen selbst wirkt aber ein bezeichnendes

Licht auf die Forderung auf Rückgabe der Polizeigewalt. Noch bezeichnender aber ist die Dreistigkeit, mit der die Interpellation im Bayerischen Landtag erfolgt.



Nazi-Banditen überfallen ein Lastauto, das Versammlungs-Teilnehmer nach Hause bringen will.

Derselbe Nazi-Bürgermeister Schwede erhält ein Redeverbot von der bayerischen Regierung. Während der Reichspräsidentenwahl warnt der Rundfunk vor Schwede, der in einer Versammlung in Oldenburg Unwahrheiten über den Reichspräsidenten verbreitet hatte. Derselbe Schwede wird als bayerischer Landtagsabgeordneter mit Gewalt durch die Polizei aus dem Sitzungssaal des Landtags entfernt. Zugleich berichtet die „Volksparteiliche Korrespondenz“, daß unter Führung Schwedes versucht worden sei, das Fraktionszimmer der Bayerischen Volkspartei zu stürmen.



Geistige Waffen der Nazis.